

Ujma verlässt SPD-Fraktion FA2 23.07.2014

Streit um Windkraft: Mandatsniederlegung im Kreistag

obo. RHEINGAU-TAUNUS-KREIS. Die Positionierung des Rheingau-Taunus-Kreises zur Nutzung der Windkraft unter der neuen rot-grünen Koalition gelingt nicht ohne Verletzungen in den eigenen Reihen. Gestern hat das langjährige Mitglied der SPD-Fraktion, Herbert Ujma aus Walluf, sein Kreistagsmandat niedergelegt. Ujma gibt damit auch sein Amt als Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung sowie seine Sitze im Denkmalbeirat des Kreises, im Zweckverband Rheingau sowie im gemeinsamen Ausschuss Wiesbaden/Rheingau-Taunus auf.

Auslöser für diesen Schritt war laut Ujma, dass der von Landrat Burkhard Albers (SPD) geführte Kreisausschuss die Stellungnahme des Kreises zum Teilplan erneuerbare Energien nicht wenigstens mit einem kleinen Hinweis auf den notwendigen Schutz der Kulturlandschaft ergänzt habe. Es gebe in dieser Frage einen „unüberbrückbaren Dissens“ mit der SPD-Fraktion. Eine Stimmenthaltung sei auf Dauer kein Ausweg. Der Wechsel zu einer anderen Fraktion, in der auch Disziplin erwartet werde, sei „unanständig“.

In seiner nur zweiseitigen Stellungnahme, die von Rot-Grün in namentlicher Abstimmung mit nur einer Stimme Mehrheit durchgesetzt wurde, bekennt sich der Kreis zur Energiewende, zu den Ergebnissen des Hessischen Energiegipfels und zu Nutzung der Windkraft. Er äußert sich aber aus Respekt vor der Planungshoheit der Kommunen nicht zu möglichen Windvorranggebieten und billigt sich selbst ausschließlich eine „koordinierende Funktion“ und die Organisation des Dialogs zwischen Kommunen und Bürgern zu. Er bekräftigt sein Ziel, mit 2020 nicht mehr Strom zu verbrauchen, als aus regenerativen Quellen gewonnen wird, und den Kohlendioxid-Ausstoß um 40 Prozent zu verringern.

In seiner schriftlichen Begründung wendet sich Ujma gegen eine einseitige, rücksichtslose Errichtung von Windrädern. Ujma fordert eine Denkpause bei der Ausweisung von Windkraft-Standorten. Niemand könne ernsthaft verlangen, dass jede deutsche Region nur jene Energiemenge verbrauche, die sie selbst regenerativ erzeuge. Windräder auf den Rheingauer Höhen wären für Ujma „eine massive, nicht hinnehmbare Beeinträchtigung der Kulturlandschaft“.

Deren visuelle Einheit müsse bewahrt werden. „Der Rheingau muss ohne Windräder auskommen.“ Mit Ujma verlässt ein Querdenker die SPD-Fraktion, der sich immer auf einer Gratwanderung zwischen der Fraktionsmeinung und seiner eigenen Überzeugung bewegt hat. Ujma, zeitweise auch stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender und SPD-Sprecher für Kreisentwicklung, gehörte in seiner Fraktion zu den wenigen Verfechtern einer zweiseitigen Rheinbrücke zwischen Rüdesheim und Bingen. Nach dem Scheitern des ersten rot-grünen Bündnisses zu Beginn der Wahlperiode hatte Ujma in einem privaten Internet-Blog die SPD-Führung unter dem Titel „Zu Tode taktiert“ deutlich kritisiert. In der SPD-Fraktion schien er zuletzt isoliert. Den jüngsten Kreistag gehört er nur noch als Nachrücker an, für 2016 hatte er für sich eine abermalige Kandidatur schon ausgeschlossen.

Im Kreistag warben Sprecher von CDU, FDP und FWG vergeblich dafür, auch den Schutz der Kulturlandschaft zu verankern. Ihr Antrag, das Obere Mittelrheintal, den Wispertaunus und den Taunuskamm generell von Rotoren freizuhalten und überdies die Kernzonen einer geplanten Biosphärenregion von möglichen Vorranggebieten auszunehmen, scheiterte allerdings. Ihre Sorgen wegen der Risiken für Tourismus, Wald, Wasser, Fauna, Flora und Landschaft fanden in den Reihen von SPD und Grünen nur wenig Widerhall. „Wir diskutieren hier nicht über den Untergang des Abendlandes“, sagte Albers, der für die zweite Runde des Regionalplans eine ausführlichere Stellungnahme ankündigte, wenn konkrete Standortvorschläge auf dem Tisch lägen.

Vor allem die CDU musste sich in der Debatte den Vorwurf der Scheinheiligkeit gefallen lassen, weil sie einerseits das Vorgehen der schwarz-grünen Landesregierung verteidigte, im Landkreis aber alles tue, die Energiewende zu torpedieren. Ingrid Reichbauer und Klaus Stolpp (Die Grünen) warnten vor einer Fundamentalopposition gegenüber der Windkraft. An einer dezentralen Energieversorgung führe kein Weg vorbei, die Standortentscheidung bleibe den Kommunen vorbehalten. Die Windräder bedeuteten auch keine Gefahr für den Tourismus. Das zeige das Beispiel der Nordseeküste, wo mit den Windrädern sogar um Besucher geworben werde.